

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Die Demokratie muss in Ägypten siegen

Deutschland kann mit seinen Erfahrungen helfen



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Vor zwei Jahrzehnten haben sich die Ostdeutschen ihre Freiheit erkämpft. Die friedliche Revolution in Ostdeutschland und die anschließende Wiedervereinigung Deutschlands sind der Glücksfall in der jüngeren deutschen Geschichte. Wenn wir nun die Menschen in Ägypten für Freiheit, Demokratie und Wohlstand auf die Straße gehen sehen, muss unsere eigene Geschichte Ansporn für uns sein, sie nachhaltig zu unterstützen.

Deutschland, Europa und alle Demokratien auf der Welt dürfen auch in den nächsten Wochen nicht nachlassen, ihre Unterstützung für die Forderungen der ägyptischen Bevölkerung deutlich zu machen. Ein neues demokratisches Ägypten würde dabei nicht zuletzt auch den Christen nützen. Bei meinem Besuch zu Jahresbeginn in Kairo haben mir vor allem junge Kopten immer wieder ihre Sorgen geschildert, dass sich ihre Lage zunehmend verschlechtert. In einem gewandelten Ägypten könnten sie neue Hoffnung schöpfen.

Dennoch muss die Demokratisierung Ägyptens mit Augenmaß geschehen. Die Demokratiebewegung muss Zeit bekommen, sich nachhaltig zu organisieren. Die Vertreter

des alten Systems müssen, sofern sie sich nicht Menschenrechtsverletzungen schuldig gemacht haben, die Gelegenheit erhalten, sich einzubringen. Eine radikale Umwälzung würde am Ende vermutlich nur den Islamisten einen Vorteil bringen, die schon heute über feste Strukturen verfügen. Das wäre sicher nicht im Sinne der Menschen in Ägypten.

Wir Deutsche haben in den Jahren nach 1989 wertvolle Erfahrungen gesammelt, wie ein Land mit Vernunft in eine neue Zeit geführt werden kann. Diese Erfahrungen sollten wir Ägypten in den nächsten Jahren anbieten. Das kann über die politischen Stiftungen geschehen. Aber auch die Entwicklungszusammenarbeit könnte darauf den Fokus richten.

„SPD hat bei Hartz IV überreizt“

Ein Wort noch zu dem innenpolitischen Hauptthema der vergangenen Tage – den Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform. Es war richtig, dass wir in den bisherigen Gesprächen zwar SPD und Grünen entgegengekommen sind, aber letztlich nicht unsere Grundsätze über Bord geworfen haben. Wir wollen ein Ergebnis. Wir konnten in den Vermittlungsgesprächen aber nicht in das Wunsch-Dir-Was-Konzert der Opposition einstimmen. Wir müssen unsere Staatsfinanzen in Ordnung bringen. Die SPD-Spitze hat dagegen nur die Landtagswahlen im Blick gehabt und überreizt. Sie ist nun von den eigenen Ländern gestoppt worden.

Wollen herüber

Inhalt

Die Demokratie muss in Ägypten siegen	1
Opposition missbraucht Verfassungsauftrag	2
Handwerk hat Appetit auf Aufschwung	3
Die Zugeständnisse der Koalition bei den Hartz-IV-Verhandlungen	4
„Das ägyptische Volk wird es richten“	5
Grünes Licht für den Ausbau der Energienetze	6
Koalition stärkt den Anlegerschutz	6
Ein Zeichen der Verbundenheit mit den Vertriebenen	7
Kinos bei der Digitalisierung unterstützen	7
Weißrussland – Für Demokratie und Menschenrechte	7
Serbien an die EU heranführen	7
Führungsteams aus Männern und Frauen sind erfolgreicher	8
Über Freiheit und Verantwortung in der Wirtschaft	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Opposition missbraucht Verfassungsauftrag

Machtspiele statt sachorientierter Politik



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Was SPD und Grüne in den siebenwöchigen Verhandlungen über die Hartz-IV-Reform geboten haben, hat es in der Geschichte des Vermittlungsausschusses noch nicht gegeben: Anstatt sich auf den Verfassungs- und Vermittlungsauftrag zu konzentrieren, versuchte die Opposition, alle ihre sozialpolitischen Wunschträume auszudrücken, die sie selbst in der rot-grünen Regierungszeit nie verwirklichen konnte. Selten wurde so deutlich, dass es ihr nicht um die Sache, sondern um taktische Machtspielen ging. Man wollte über Mindestlöhne, über neue Regulierungen für die Zeitarbeit, über Sozialarbeiter, über „Bildungslandschaften“ in Deutschland und über eine generelle, nie plausibel begründete Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes verhandeln – nur nicht über den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts. Im Urteil der Karlsruher Richter ging es um die transparente Berechnung des physischen und sozio-kulturellen Existenzminimums nach Artikel 1 und 20 Grundgesetz. Diesem Auftrag hat die Koalition mit ihrem im Bundestag verabschiedeten Gesetz mehr als entsprechen: Unser Bildungspaket für Kinder in der Grundsicherung bedeu-

tet einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik. Die Kinder bekommen zum ersten Mal einen Rechtsanspruch auf Teilhabe an den gesellschaftlichen Institutionen des Zusammenlebens, und sie bekommen einen Rechtsanspruch auf Bildungsförderung.

Wie verantwortungslos die sture Haltung der Opposition ist, wird deutlich, wenn man sich einmal anschaut, was wir bislang im Vermittlungsverfahren zusätzlich zum ursprünglichen Gesetz angeboten haben: Beim Bildungspaket haben wir 160.000 Kinder im Wohngeldbezug dazugenommen. Auch die Kinder in der Hortbetreuung sollen ein Mittagessen bekommen. Da die Kommunen das Bildungspaket vor Ort umsetzen sollen, wird der Bund die anfallenden Kosten über die sogenannten „Kosten der Unterkunft“ erstatten – einschließlich der Verwaltungskosten und der Kosten für Warmwasserbereitung. Zusätzlich zu den 1,5 Milliarden Euro für das Bildungspaket haben wir die Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung angeboten, was bis 2015 zu einer Nettoentlastung der Kommunen in Höhe von 12,2 Milliarden Euro führen würde. Darüber hinaus sollen die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten als Übungsleiter weiterhin nicht auf den Regelsatz angerechnet werden. Außerdem haben wir drei neue Mindestlöhne angeboten: Eine neue Lohnuntergrenze für die Zeitarbeit im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz auch für die verleihefreien Zeiten, einen Mindestlohn im Wach- und Sicherheitsgewerbe und einen Mindestlohn in der Aus- und Weiterbildung.

Wir arbeiten weiter an einer Lösung im Interesse der Betroffenen, aber wir werden keiner Regelung zustimmen, die sozial-, wirtschafts- und ordnungspolitisch in die falsche Richtung führt.

Handwerk hat Appetit auf Aufschwung

Debatte zur Mittelstandspolitik im Bundestag - Bürokratische Hemmnisse abbauen

Die Rahmenbedingungen für den Mittelstand sollen nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion weiter verbessert werden. Dazu sollen vor allem bürokratische Hemmnisse in Deutschland und Europa konsequent abgebaut werden, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Joachim Pfeiffer, am Donnerstag in Berlin. Die Unionsfraktion wünscht sich eine Fortführung der Finanzierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und im Rahmen des ERP-Sondervermögens - vom Bund verwalteter Mittel aus dem European Recovery Program. Diese Programme sollen zukünftig stärker auf Existenzgründung und Unternehmensnachfolge ausgerichtet werden. Der Bundestag hat dazu mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP einen Antrag beschlossen, der die Bundesregierung auffordert, den Mittelstand mit und insgesamt 15 Maßnahmen zu unterstützen.

Wirtschaftswachstum ist Signal für richtige Weichenstellungen

In der Krise habe sich der Mittelstand als Rückgrat der sozialen Marktwirtschaft erwiesen, sagte der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, Thomas Strobl, in der Bundestagsdebatte zum Thema. „Die über vier Millionen mittelständischen Unternehmerinnen, Unternehmer und Selbständigen in Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen und den freien Berufen sind der Motor für Wachstum, Beschäftigung und Ausbildung in Deutschland“, fügte er hinzu.

Für dieses Jahr rechnet die Bundesregierung mit einem Wachstum von 2,3 Prozent. Das Wirtschaftswachstum von 3,6 Prozent im letzten Jahr sei ein Signal dafür, dass die deutschen Unternehmen die Weichen richtig gestellt haben, heißt es in dem Antrag. Sobald es die Haushaltslage zulasse, sollen die Gemeindefinanzen wachstumsfreundlich reformiert wer-

den und die Substanzbesteuerung von Betrieben möglichst vermieden werden.

Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland vergleichsweise niedrig

In der Debatte wies Strobl auf die positiven Auswirkungen des Aufschwungs auf den deutschen Arbeitsmarkt hin: Im europäischen Vergleich sei die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland niedrig. Sie beträgt hierzulande knapp zehn Prozent, in Griechenland 33 Prozent, in Spanien sogar über 40 Prozent. Neben Deutschland haben nur zwei europäische Länder, die Schweiz

und die Niederlande, ähnliche geringe Raten.

Die Parlamentarische Staatssekretärin Julia Klöckner nannte Deutschland die Konjunkturlokomotive Europas. „Unsere Wettbewerbsposition ist stärker als zuvor“, hob sie unter Verweis auf die gute Ausgangslage der deutschen Wirtschaft nach der Krise hervor. Die CDU-Abgeordnete Lena Strothmann stellte fest, das Handwerk habe „Appetit auf den Aufschwung“. Für dieses Jahr werde ein Umsatzplus von fünf Prozent erwartet. 84 Prozent der Handwerksbetriebe sehen positiv in die Zukunft. Dieser Wert habe sich gegenüber dem vergangenen Jahr um zehn Prozentpunkte erhöht.

Gestärkt aus der Krise

In dem Antrag „Gestärkt aus der Krise – Der deutsche Mittelstand als Motor für Wachstum, Wohlstand und Innovation“ fordert die Koalition unter anderem:

- die Bürokratie für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung weiter zu reduzieren – etwa im Planungs- und Baurecht von Infrastrukturvorhaben, bei Steuerklärungen sowie der Harmonisierung der Aufbewahrungs- und Prüfungsfristen im Handels-, Steuer- und Sozialrecht,
- an der Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen festzuhalten,
- das erfolgreiche „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)“ im jetzigen Umfang fortzuführen,
- nach dem Vorbild des ZIM auch andere Förderprogramme für kleine und mittlere Unternehmen zu straffen und transparenter zu gestalten,
- die Entscheidung über die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung unter Berücksichtigung des Konsolidierungskurses in ein haushalts- und steuerpolitisches Gesamtkonzept einzupassen,
- ausländische Fachkräfte je nach Bedarf für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen und die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen hierfür zu verbessern,
- die Gründungskultur in Deutschland zu stärken und die rechtlichen Bedingungen für die Unternehmensnachfolge zu verbessern,
- die Rahmenbedingungen für die Risikokapitalmärkte weiter zu verbessern,
- die Eigenkapitalausstattung von Finanzinstituten mittelstandsfreundlicher zu gestalten,
- die ERP- und KfW-Finanzierungsprogramme fortzuführen und sich hierbei stärker auch auf die Existenzgründung und die Unternehmensnachfolge zu fokussieren.

Den vollständigen Antrag finden Sie unter <http://goo.gl/OCOPq>

Die Zugeständnisse der Koalition bei den Hartz-IV-Verhandlungen

Vom Bildungspaket bis zum Mindestlohn

Bei den Verhandlungen über das Hartz-IV-Paket ist die Koalition der Opposition weit entgegengekommen. Gegenüber dem ursprünglichen Gesetzesbeschluss des Bundestages kamen in den vergangenen sieben Wochen der Vermittlungsgespräche zahlreiche Positionen neu hinzu. Im Folgenden ein Überblick:

Das **Bildungspaket** dient dazu, dass Kinder von Hartz-IV-Empfängern unmittelbar gefördert werden. Rund zwei Millionen bedürftige Kinder sollen so in den Genuss von Sportstunden oder Musikunterricht sowie eines freien Mittagessens kommen.

- Zusätzlich sollen auch Kinder aus Familien, die Wohngeld beziehen (zusätzlich 160.000 Kinder), vom Bildungspaket profitieren.
- Die Trägerschaft für das Bildungspaket geht komplett auf die Kommunen über.
- Ein freies Mittagessen soll auch für Kinder in Hortbetreuung gelten. Das macht eine Summe von rund 280 Millionen Euro aus. Der Bund übernimmt die Kosten für drei Jahre.
- Das Gesamtpaket in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr (inklusive der Verwaltungskosten und der Kosten für die Warmwasserbereitung) wird den Kommunen über die „Kosten der Unterkunft“ (KdU) voll erstattet. Über eine Revisionsklausel werden die tatsächlichen Kosten regelmäßig festgestellt und danach die Erstattung entsprechend jährlich angepasst.
- In einem Drei-Stufen-Modell werden die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer durch den Bund übernommen. Das entspricht allein 2012 bis 2015 einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,24 Milliarden Euro.

Legt man einen Zeitraum bis 2020 zu Grunde, ergäbe sich aus heutiger Sicht sogar ein Finanztransfer von etwa 54 Milliarden Euro vom Bund auf die Länder beziehungsweise auf die Kommunen. Davon entfallen rund 15 Milliarden Euro auf Kompensation für Bildung und Teilhabe durch die zusätzliche KdU-Bundesbeteiligung und etwa 38,9 Milliarden Euro auf die zusätzliche Übernahme von Kosten der Grundsicherung im Alter.

Die Hartz-IV-**Regelsätze** werden neu berechnet und sachgerecht begründet. Dadurch ergibt sich für Erwachsene eine Erhöhung des Regelsatzes um fünf Euro auf 364 Euro im Monat:

- Die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit und Tätigkeit als Übungsleiter werden auf den Regelsatz nicht angerechnet.
- Die Kosten für Warmwasserbereitung werden durch den Bund übernommen.

Die **Mindestlohnregelungen** gehören nicht zum Auftrag des Verfassungsgerichts, Hartz IV neu zu regeln. Sie wurden auf Wunsch der Opposition aber im Zusammenhang mitverhandelt:

- Angeboten wurde die Einführung einer Lohnuntergrenze für die Zeitarbeit im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz auch für verleihfreie Zeiten auf Antrag der Tarifvertragsparteien.
- Eingeführt werden soll ein Mindestlohn auch im Wach- und Sicherheitsgewerbe.
- Außerdem soll ein Mindestlohn in der Aus- und Weiterbildung entweder auf tarifvertraglicher Grundlage oder andernfalls auf Empfehlung einer Kommission ermöglicht werden.

Equal Pay in der Zeitarbeit gehört ebenfalls zu den Extras im Verhandlungspaket:

- Der Grundsatz des „Equal Pay“ gilt schon heute in der Zeitarbeitsbranche. Die Tarifvertragsparteien entscheiden einvernehmlich und frei darüber, ob sie davon abweichen wollen.
- Sollten sie im Wege der Tarifeinigung innerhalb eines Jahres keine befriedigende Lösung finden, die Missbräuche zu Lasten der Arbeitnehmer vermeiden, dann wird die Bundesregierung eine Kommission einberufen, die unter Wahrung der Tarifautonomie angemessene Vorschläge erarbeitet.

Der Bundesrat beschloss am Freitag, über das Thema weiter im Vermittlungsausschuss zu verhandeln.

„Das ägyptische Volk wird es richten“

Debatte im Bundestag über die Lage in Nordafrika - Strukturreformen nicht überstürzen

In Ägypten kommt es nach den Worten von Volker Kauder jetzt darauf an, Lebensperspektiven zu eröffnen und die Demokratie voranzubringen. In der Bundestagsdebatte am Mittwoch warnte der Unions-Fraktionsvorsitzende vor überzogenen Erwartungen: Wer jetzt den schnellen Wandel in Ägypten fordere, „der wird Strukturen befördern, die nicht das sind, was wir uns unter einer pluralistischen Gesellschaft vorstellen“. Er fügte hinzu: „Die Hoffnungen sind groß, aber auch die Sorgen, dass alles auf den richtigen Weg kommt.“

Gruppen berücksichtige, die bislang keine Chance zur Organisation gehabt hätten. Deutsche politische Stiftungen forderte er auf, diese Gruppen zu unterstützen.

Schockenhoff stellte sich auf die Seite derer, die neue Freiheit und neue Lebensperspektiven für die arabische Welt forderten. Gleichzeitig verwahrte er sich gegen Vorwürfe, dass in der Vergangenheit demokratische Staaten zu eng mit der Regierung von Präsident Hosni Mubarak zusammengearbeitet hätten. Man müsse beispielsweise berücksichtigen, dass Ägypten

Demokratiebewegungen in arabischen Ländern

Nach der Jasmin-Revolution in Tunesien und den anhaltenden Protesten in Ägypten geht auch in anderen Ländern der arabischen Welt die Bevölkerung für mehr Rechte und Freiheit auf die Straße. In den meisten arabischen Ländern leiden die Menschen unter Armut und hoher Arbeitslosigkeit. Der überdurchschnittlich jungen Bevölkerung mangelt es an Perspektiven. In den herrschenden Klassen dieser Länder sind Machtwillkür, Bereicherung und Korruption verbreitet.

- **Algerien:** In Algerien herrscht seit elf Jahren Präsident Abdelasis Boutefflika. Hier vergeht kaum ein Monat ohne Proteste. Die Regierung hat jüngst die Steuern auf Grundnahrungsmittel gesenkt, um Unruhen zu verhindern. Boutefflika will nun den Ausnahmezustand aufheben, der seit 19 Jahren gilt. Nach Einschätzung von Experten droht Algerien aber kein Umsturz, da die Menschen ein Wiederaufflammen des Bürgerkriegs, der in den 90er Jahren über 100.000 Todesopfer forderte, fürchten.

- **Jemen:** Die Macht von Präsident Ali Abdullah Saleh, der seit 33 Jahren herrscht, ist fast nur noch auf die Hauptstadt Sanaa begrenzt. Der Süden des Landes strebt eine Abspaltung an, im Norden rebellieren Schiiten. Nach Protesten verzichtete Saleh auf seinen Plan, 2013 für eine weitere Amtszeit zu kandidieren.

- **Jordanien:** Die jordanische Monarchie gilt als relativ stabil. Der seit 1999 amtierende König Abdullah II. ist beliebt. Nachdem auch hier auf der Straße der Ruf nach Veränderungen laut wurde, berief der König eine neue Regierung und erteilte ihr den Auftrag zu Sozialreformen.



Ägypten © VRD

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff mahnte: „Ein Drängen auf Eile garantiert, dass die Demokratie verliert.“ Schockenhoff zeigte sich überzeugt: Was in Tunesien begonnen habe, werde nicht in Ägypten aufhören.

Politische Stiftungen sollen Oppositionsgruppen unterstützen

Kauder hatte vor dem Beginn der Proteste Ägypten besucht und dort unter anderem mit koptischen Christen gesprochen. Bei einem schnellen Wandel bestehe die Sorge, dass nicht alle Oppositionsgruppen zu Wort kämen, warnte der Fraktionsvorsitzende. Er sprach sich dafür aus, einen Prozess in Gang zu bringen, der auch die

im Friedensprozess mit Israel eine herausragende Rolle gespielt habe.

Vergleich mit Umbruch in der DDR

Der Außenpolitiker verglich den Umbruch in Ägypten mit dem Zusammenbruch der DDR. „Ob Mubarak bleibt oder nicht, entscheiden nicht wir. Ich bin stolz, dass Honecker nicht vom amerikanischen oder russischen Präsidenten gestürzt wurde, sondern vom deutschen Volk“, sagte Schockenhoff. Auch der Transformationsprozess in Deutschland habe geraume Zeit gebraucht. Diese Zeit müsse jetzt auch den Ägyptern gegeben werden. „Ich habe Vertrauen in Ägypten, und das Volk wird es richten“, sagte Schockenhoff.

Grünes Licht für den Ausbau der Energienetze

EU-Gipfel setzt wirtschafts- und energiepolitische Agenda für 2011

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben auf ihrem ersten Treffen im neuen Jahr in der vergangenen Woche wichtige Weichen für die wirtschafts- und energiepolitische Agenda in der Europäischen Union 2011 gestellt. Der Gipfel beschäftigte sich auch mit den dramatischen politischen Umwälzungen in Ägypten und Tunesien.

Unternehmen müssen Netzausbau finanzieren

Die Staats- und Regierungschefs gaben grünes Licht für die Vollendung des Energiebinnenmarkts bis 2014. Mit der Erneuerung und dem Ausbau der Energieinfrastruktur soll sichergestellt werden, dass erneuerbare

Energien künftig dort produziert werden können, wo ihre Produktion am wirtschaftlichsten ist, und der Strom trotzdem zum Endabnehmer kommt. Jeder EU-Mitgliedstaat soll bis 2015 an das europäische Energienetz angeschlossen werden. Nicht zuletzt auf Drängen der Bundesregierung wurde klargestellt, dass der Ausbau der Netze Aufgabe der Unternehmen ist, die ihre Investitionen über die Tarife finanzieren. Eine unterstützende Finanzierung aus öffentlichen Mitteln soll nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Keine Transferunion

Der Europäische Rat beschäftigte sich auch mit der Frage, wie die Wirtschafts- und Währungsunion dauer-

haft gestärkt werden kann. Die Staats- und Regierungschefs verständigten sich auf weitere Schritte zu einer besseren Koordinierung der Wirtschaftspolitik - mit dem Ziel einer größeren Konvergenz und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt ihren Anspruch, in dieser entscheidenden Phase eng eingebunden zu werden. Ziel ist ein stabiler Euro in einem Europa, das ohne neue Transferinstrumente zu einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum zusammenwächst. Europäische Solidarität darf keine Einbahnstraße sein und setzt voraus, dass alle Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung bei der Bewältigung der Probleme und Herausforderungen nachkommen.

Koalition stärkt den Anlegerschutz

Weitere Lehren aus der Finanzkrise gezogen

Das Gesetz zur Stärkung des Anlegerschutzes und Verbesserung der Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes zeigt, dass die christlich-liberale Koalition ernst macht mit der Regulierung des Finanzmarktes. Das Maßnahmenbündel, das der Bundestag in dieser Woche beschlossen hat, gehört zu den Lehren, die die Bundesregierung aus der Finanzkrise gezogen hat.

Sachkundige Anlageberater gefordert

In der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass Anleger über die von ihnen erworbenen Wertpapiere nicht ausreichend informiert worden waren. Ab dem 1. Juli 2011 müssen Anleger mit einem kurzen, leicht verständlichen Dokument über die wesentlichen Merkmale eines Finanzinstrumentes informiert werden. Außerdem kon-

kreterisiert das Gesetz die Anforderungen an die Sachkunde der in der Anlageberatung und Überwachung tätigen Mitarbeiter, aber auch der Führungskräfte von Finanzinstituten. Diese müssen sich zusätzlich bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) registrieren lassen. Beschwerden über die Anlageberatung können der BaFin angezeigt werden.

Bei den offenen Immobilienfonds werden durch Mindesthaltefristen und Kündigungsfristen die Risiken eingeschränkt. Rund drei Millionen Verbraucher nutzen offene Immobilienfonds als Baustein für die Altersvorsorge. Sie müssen damit nun nicht mehr einen plötzlichen Liquiditätsabfluss in dem Umfang befürchten, wie wir ihn in der Vergangenheit erlebt haben.

„Anschleichen“ an Unternehmen wird erschwert

Schließlich wurde das „Anschleichen“ an Unternehmen erschwert – wie es im Fall von Schaeffler an den Konkurrenten Continental zu beobachten war. Nach dem Gesetz werden nämlich nun auch die Finanzinstrumente meldepflichtig, die es dem Inhaber faktisch oder wirtschaftlich ermöglichen, Aktien oberhalb einer Meldeschwelle von fünf Prozent der Stimmrechte eines Zielunternehmens zu erwerben.

Ein Zeichen der Verbundenheit mit den Vertriebenen

Koalitionsantrag zur Charta der deutschen Heimatvertriebenen

Flucht und Vertreibung sind ein Teil der deutschen Geschichte. So steht es im Antrag der Koalitionsfraktionen, den der Bundestag in dieser Woche angenommen hat.

Nochmals hat die Union das „Grundgesetz“ der Vertriebenen – die am 5. August 1950 in Stuttgart erklärte Charta – als Meilenstein auf dem Weg zur Integration und Aussöhnung umfassend gewürdigt und die historische Bedeutung dieses Dokuments eindrucksvoll herausgestellt. Anlässlich des 60. Jubiläumsjahres der Charta setzt die Koalition ein Zeichen der Solidarität mit den Heimatvertriebenen. Die Generation derer, die Vertreibung noch am eigenen Leib erlebt haben, schrumpft stetig. Gleichzeitig

nimmt das Bedürfnis der verbliebenen Zeitzeugen zu, sich mit diesem letzten Kapitel des Zweiten Weltkrieges auszusöhnen.

Versöhnung ermöglicht

Bundestagspräsident Norbert Lamert hatte zum 60. Jahrestag der Charta am 5. August 2010 gesagt: „Die Charta ist deshalb von historischer Bedeutung, weil sie innenpolitisch radikalen Versuchungen den Boden entzog, außenpolitisch einen Kurs der europäischen Einigung und Versöhnung unter Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Nachbarn vorbereitete und wirtschafts- und gesellschaftspolitisch nicht nur die Integra-

tion von Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, sondern über sie hinaus einen beispiellosen Wirtschaftsaufbau ermöglichte.“

Die Bundesregierung wird in dem am Donnerstag verabschiedeten Antrag aufgefordert, aktuelle Probleme der Sicherung von Zeitzeugenberichten und Archivalien anzugehen sowie die akademische Förderung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa auf eine neue Basis zu stellen. Darüber hinaus soll die Regierung unter anderem die Einrichtung einer Gedenkmöglichkeit bei der Bundesvertriebenenstiftung prüfen.

Kurz notiert

Kinos bei der Digitalisierung unterstützen

Die Kinos in Europa stehen vor großen Investitionen in die digitale Vorführttechnik. Speziell kleine Kinos stellt das vor hohe Hürden. Die Europäische Kommission will die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Filme sowie die sprachliche und kulturelle Vielfalt sichern.

Der Bundestag unterstützt dieses Ziel. So sollen technische Standards definiert und das Digitalformat bestimmt werden, in dem Filme gesammelt und konserviert werden. Die Förderung soll vor allem kleinen, unabhängigen Kinos und Kinos im ländlichen Raum zugute kommen, die einen erheblichen Anteil europäischer Filme zeigen.

Weißrussland – Für Demokratie und Menschenrechte

Die Regierung von Präsident Alexander Lukaschenko in Weißrussland verletzt fundamentale europäische Werte, auf die sich das Land in der OSZE-Charta verpflichtet hat. Der Bundestag hat in dieser Woche deutlich gemacht, dass er die Demokratisierungsbemühungen der Bevölkerung Weißrusslands unterstützt.

Die CDU/CSU-Fraktion kann die Ergebnisse der Präsidentschaftswahl vom Dezember 2010 nicht anerkennen, da die Wahl nicht als frei und fair angesehen werden kann. Proteste der Opposition nach dem Wahlbetrug wurden von den Sicherheitskräften mit extremer Brutalität niedergeschlagen, die freie Presse massiv unterdrückt und mehrere Hunderte Oppositionelle inhaftiert. Die Fraktion fordert die baldige Freilassung der politischen Gefangenen.

Serbien an die EU heranführen

Der Bundestag hat in dieser Woche das Assoziierungs- und Stabilisierungsabkommen mit Serbien ratifiziert. Für die CDU/CSU-Fraktion ist klar: Wer irgendwann der EU beitreten will, muss beitragen. Sie fordert darum, dass die Republik Serbien im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses hart daran arbeitet, alle Kriterien der EU uneingeschränkt zu erfüllen.

Dazu gehören regionale Zusammenarbeit und gutnachbarschaftliche Beziehungen auch mit dem Kosovo. Das bedeutet auch, dass Serbien die EU-Annäherung aller Nachbarstaaten, insbesondere des Kosovo, fördern muss. Außerdem muss die dauerhaft uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien gewährleistet sein.

Führungsteams aus Männern und Frauen sind erfolgreicher

Die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Rita Pawelski, für ein Ende der Männerdominanz in den Chefetagen der Wirtschaft



Rita Pawelski
Vorsitzende der Gruppe der Frauen

Über eine Quote für Frauen in Führungsetagen wird derzeit in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Seit 2001 gibt es eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft, Frauen den Zugang zu ranghohen Posten zu erleichtern. Getaut hat sich wenig, auch wenn einzelne Unternehmen wie die Telekom im vergangenen Jahr mit einer Selbstverpflichtung ein gutes Beispiel gegeben haben. Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Pawelski: Diese Selbstverpflichtung war nur weiße Salbe und ist zehn Jahre später ein peinliches Dokument des Nichtstuns und der Unfähigkeit, Frauen zu fördern. Klagen wie „Wir haben keine qualifizierten Frauen“ sind absurd – das bestätigt jede Statistik. Mein Eindruck: Frauen sind in Chefetagen unerwünscht. Das Manager-Magazin hält fest: Männer in Führungspositionen bauen Seilschaften und vergeben Posten an ihresgleichen, an Männer. Es liegt also nicht an mangelnder Qualifikation oder am Unwillen der Frauen, nein, sie bekommen keine Chance. Sie stoßen nicht nur an die gläserne Decke, sie werden selbst gläsern, nahezu unsichtbar, egal wie qualifiziert sie sind.

Im März will die Bundesregierung mit Wirtschaftsvertretern beraten, wie die Situation verbessert werden kann. Was erwarten Sie sich von dem Gespräch?

Pawelski: Ich erwarte konkrete Vorschläge und mindestens einen Kompromiss, der auch wirklich einer ist und kein „Schön-Wetter-Papier“ wie die Selbstverpflichtung unter Ex-Kanzler Gerhard Schröder.

Bundeskanzlerin Angela Merkel lehnt eine gesetzliche Quote ab. Welche Anreize kann man Firmen jenseits einer gesetzlichen Regelung setzen, Frauen den Weg in Führungsetagen zu erleichtern?

Pawelski: Die Formel ist einfach: Erfolg, Umsatz, Gewinn! Geschlechtergemischte Chefetagen sind besser als männerdominierte. In Zahlen: Die Eigenkapitalrendite beträgt 11,4 Prozent statt 10,3 Prozent, der Gewinn vor Zinsen und Steuern steigt von 5,8 Prozent auf 11,1 Prozent, sobald Frauen mit im Team sind. Das sollte aus betriebswirtschaftlicher Sicht Anreiz genug sein.

„Die Kanzlerin ist der Beweis: Frau kann es“

Die Gruppe der Frauen in der Unionsfraktion hat im vergangenen Sommer einen Stufenplan beschlossen. Worin besteht der Charme des Plans?

Pawelski: Unser Vorschlag ist ausgewogen. Er lässt der Wirtschaft Zeit bis 2018. Wer bis dahin nicht mindestens 30 Prozent Frauen in Führungspositionen hat, sollte sich fragen, ob seine Unternehmenspolitik richtig ist.

Mit welchen Mitteln kann man Frauen selbst die Entscheidung für eine Karriere in der Wirtschaft erleichtern?

Pawelski: Wir brauchen neues Denken: Frauen wollen gleichberechtigt und partnerschaftlich Verantwortung übernehmen. Unsere Bundeskanzlerin ist der Beweis: Sie hat Deutschland wieder an die Spitze Europas gebracht, sie (Frau) kann es.

Stufenplan der Gruppe der Frauen

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Sommer 2010 einen Stufenplan ausgearbeitet. Angestrebt wird, den Anteil von Frauen in Aufsichtsräten und Führungspositionen auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Langfristig soll sich der jeweilige Anteil von Frauen und Männern in der Bevölkerung auch in Führungspositionen widerspiegeln.

In Stufe eins setzt die Gruppe der Frauen auf verbindliche Berichtspflichten und eine transparente Selbstverpflichtung.

In Stufe zwei sollen alle börsennotierten Unternehmen bis zum Jahr 2014 freiwillig mindestens 30 Prozent der Posten in Führungspositionen und Aufsichtsräten mit Frauen besetzen.

In Stufe drei wird als letztes Mittel die Einführung einer Quote gefordert. Sind Stufe eins und zwei bis 2014 nicht umgesetzt, werden die Unternehmen gesetzlich verpflichtet, den Anteil von Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten bis spätestens 2018 auf mindestens 30 Prozent zu steigern.

Über Freiheit und Verantwortung in der Wirtschaft

Unionskongress „Christliches Menschenbild und soziale Marktwirtschaft“ - Politiker und Kirchenvertreter diskutierten Fragen der Ethik

Angesichts der glimpflich überstandenen globalen Wirtschaftskrise und den demographischen Herausforderungen der Zukunft steht das Modell der sozialen Marktwirtschaft auf dem Prüfstand. Politiker, Wissenschaftler und Kirchenvertreter diskutierten auf dem Unionskongress „Christliches Menschenbild und soziale Marktwirtschaft“ darüber, wie das soziale Modell in Deutschland wetterfest gemacht werden kann. Dabei ging es um die Balance zwischen Subsidiarität und Solidarität - um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Verantwortung des Einzelnen und dem sozialen Netz der Gemeinschaft.

Der Kongress, den die CDU/CSU-Bundestagsfraktion vergangenen Montag in Berlin veranstaltete, war der zweite in der Reihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm – Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“. Fast 400 Gäste waren in den Fraktionssaal im Reichstag gekommen, um der Podiumsdiskussion zu folgen und Anregungen zu geben. Im Mittelpunkt standen Fragen der Wirtschaftsethik. Die religionspolitische Sprecherin der Fraktion, Maria Flachsbarth, beschrieb die grundlegende Herausforderung so: Einerseits richte sich die Wirtschaftsordnung am Menschen aus, der nach Gottes Ebenbild geschaffen und zur Verantwortung berufen sei. Andererseits müsse der Mensch die Gewissheit haben, dass er in der Not auf die Solidarität der Gemeinschaft zählen könne.

Schäuble: Ökonomisierung aller Lebensbereiche „des Teufels“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble beschrieb als Vorteil der sozialen Marktwirtschaft, dass sie Regeln und Grenzen setze. Denn ohne Regeln seien die Menschen überfordert. Die Schattenseite der Marktwirtschaft machte er ebenfalls deutlich. Durch immer mehr Sozialleistungen



Die Podiumsteilnehmer beim zweiten „C“-Kongress

würden die Menschen aus der Verantwortung gezogen und unterfordert. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach wies darauf hin, dass die Stärkung der Eigenverantwortung der Menschen in der Vergangenheit vernachlässigt worden sei.

Schäuble kritisierte die „Ökonomisierung aller Lebensbereiche“, die „in sich schon des Teufels“ seien. In unseren westlichen Gesellschaften beschreibe Armut nicht so sehr die materielle Situation, sondern die Entwurzelung der Menschen und den Verlust an Zugehörigkeit. Der CSU-Abgeordnete Bartholomäus Kalb meinte, Geld allein sage nichts über die Qualität der sozialen Hilfeleistung aus. Auch er mahnte, die Hilfebedürftigen dürften nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Losinger: Das Soziale ist kein Almosen

Der Augsburger Weihbischof Anton Losinger richtete den Blick unter anderem auf die „Vererbbarkeit von Armut“, etwa wenn Kindern aus Hartz-IV-Familien nicht mehr vorgelebt werde, dass zu einem normalen Leben Arbeit dazugehöre. Den Staat ermahnte Losinger, dass die Menschenwürde und nicht die Kassenlage das Hauptkriterium des Sozialstaates marktwirtschaftlicher Prägung sei. Dabei sei

das Soziale kein Almosen, sondern ein inneres Regulativ, das der Freiheit die Verantwortung gegenüberstelle.

Der stellvertretende Vorsitzende der Sozialkammer der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, forderte, kein Mensch dürfe aufgegeben werden, auch wenn er sich innerhalb der Gemeinschaft falsch verhalte. Die Menschenwürde gelte für jeden. Die Herausforderungen für die soziale Marktwirtschaft sah er im Spannungsverhältnis zwischen Befähigungs- und Verteilungsgerechtigkeit.

Der Sprecher der CDU/CSU-Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, erinnerte daran, dass der Begriff der Freiheit nicht von dem der Verantwortung getrennt werden dürfe: „Freiheit darf nicht zu einem Götzendienst werden.“ Das sei auch eine der Lehren der internationalen Finanzkrise. Deutschland hätte nicht so schnell aus der Krise herausgeführt werden können, wenn sich das Prinzip der Sozialpartnerschaft in der sozialen Marktwirtschaft nicht bewährt hätte.

Das Video der Veranstaltung finden Sie unter:

www.veranstaltungen.cducusu.de

Zahl der Gästeübernachtungen um drei Prozent gestiegen

Wiesbaden – Die Gesamtzahl der Übernachtungen in den Beherbergungsbetrieben Deutschlands nahm im Jahr 2010 um drei Prozent auf 380,3 Millionen zu. Sie erreichte damit nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) den höchsten Wert seit 1992, als erstmals Daten für Deutschland nach der Wiedervereinigung erhoben wurden.

Einen Zuwachs von zwei Prozent auf 320 Millionen gab es bei den Übernachtungen von inländischen Gästen. Die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland stiegen gegenüber 2009 mit zehn Prozent auf 60,3 Millionen besonders stark an.

Differenziert nach Betriebsarten gab es folgende Ergebnisse: In der Hotellerie nahm die Zahl der Übernachtungen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um sechs Prozent auf 228,3 Millionen zu. Dagegen sank in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken die Zahl der Übernachtungen um ein Prozent auf 45,5 Millionen. Mit 106,5 Millionen blieb die Zahl der Übernachtungen bei den übrigen Betriebsarten im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Bei diesen handelt es sich überwiegend um Ferienunterkünfte, zum Beispiel Campingplätze, Ferienhäuser und -wohnungen sowie Erholungs- und Ferienheime.

Die Übernachtungszahlen in Großstädten mit 100.000 und mehr Einwohnern stiegen im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr überdurchschnittlich um neun Prozent auf 103,4 Millionen. In Gemeinden mit weniger als 100.000 Einwohnern nahm die Zahl der Übernachtungen um ein Prozent auf 276,9 Millionen zu.



Zeichnung: Stuttmann

Zum Valentinstag: 90 Prozent der Blumengrüße stammen aus den Niederlanden

Wiesbaden – Die Niederlande sind Deutschlands wichtigster Lieferant von Schnittblumen: Von Januar bis November 2010 wurden frische Schnittblumen im Wert von 730 Millionen Euro nach Deutschland eingeführt, rund 90 Prozent davon stammten von unseren niederländischen Nachbarn (652,5 Millionen Euro). Wie das Statis-

tische Bundesamt (Destatis) mitteilte, waren wie immer Rosen besonders beliebt. Insgesamt wurden über eine Milliarde Rosen für insgesamt 235,9 Millionen Euro importiert. Auch hiervon kamen mit rund 800 Millionen Stück im Wert von 196,2 Millionen Euro die meisten aus den Niederlanden.

Termin

21. Februar 2011 Kongress: Sprache ist Heimat

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd
(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)

„Fraktion direkt“ bestellen

Diesen Bestellschein ausfüllen, unterschreiben und senden:

per **FAX** an: 030 / 227-56660

per **POST** an: CDU/CSU-Fraktion, Pressestelle, Platz der Republik, 11011 Berlin

BESTELLSCHEIN

Senden Sie mir bitte regelmäßig „Fraktion direkt“ (erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages)

als E-Paper per Email

als Druckausgabe per Post

Vorname, Name

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Telefon

Email-Adresse

Ort, Datum

Unterschrift